

## Preise runter, Löhne rauf!

**Die Inflation hat sich festgefressen. Die Geldentwertung verharrt auf hohem Niveau. Im Februar betrug sie 8,7 %, für März wird laut Statistischem Bundesamt ein Wert von 7,4 % erwartet (jeweils gegenüber dem Vorjahresmonat). Das bedeutet: Jeden Tag ist unser Geld ein bisschen weniger wert. Jeden Tag können wir uns dafür ein bisschen weniger kaufen.**

Dabei wird die Teuerung, wie sie die unteren Einkommensschichten trifft, durch die offizielle Inflationsrate, die ja auch Luxusartikel einbezieht, in ihrer Schärfe gar nicht widerspiegelt.

Die Organisation Foodwatch stellte Anfang März bei einer Erhebung von Preisen fest, dass Eigenmarken sich doppelt so stark verteuern wie Markenprodukte: „Unter den verteuerten Produkten stehen die günstigsten Eigenmarken der

**Von Hanfried Brenner**

Supermarktketten, wie „Ja“ von Rewe und „Gut&Günstig“ von Edeka, besonders heraus: Ihr Preis stieg besonders stark - um durchschnittlich mehr als 30 %. Markenprodukte haben sich dagegen nur halb so stark verteuert“. Dies sei insbesondere für Menschen mit wenig Geld ein Problem. Denn wer auf die günstigen Lebensmittel angewiesen ist, hat es nun noch schwerer, seine grundlegenden Bedürfnisse zu decken.

Der Preis für Eier kletterte im Februar im Vorjahresvergleich um 16,6 %, wie das Statistische Bundesamt kurz vor Ostern mitteilte. Und die Lebensmittel insgesamt verteuerten sich um 22,3 %.

Die Regierung hat in diese Preisentwicklung nicht wirkungsvoll eingegriffen. Die sogenannten Entlastungspakete sind ohne langfristige Wirkung. Nüchtern betrachtet sind sie nur ein Tropfen auf den

heißen Stein.

Tatsache ist, dass die Kaufkraft breiter Teile der Bevölkerung seit Monaten gravierend sinkt. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften und die zuletzt erfolgten Tarifabschlüsse hinken deutlich dahinter her.

Besonders hart trifft es aber die auf Sozialleistungen Angewiesenen, sowie einen großen Teil der Rentnerinnen und Rentner. Allein in Dortmund sind es über 100 000 Menschen, die in oder am Rande von Armut leben. Darunter rund 30 000 Kinder!

Finanzminister Lindner kündigt für das kommende Jahr einen harten Sparkurs an. Da wird es Zeit, endlich alle Illusionen über eine angebliche „Sozialpartnerschaft“ aufzugeben. Der Klassenkampf von oben gegen uns Lohnabhängige nimmt an Härte zu. Ihn gilt es mit dem Klassenkampf von unten zu kontern. Dafür stehen vor allem unsere Gewerkschaften in der Pflicht.

### **Hunderte marschierten beim Ostermarsch in Dortmund für den Frieden**

## Das Morden in der Ukraine beenden!

Der Ostermarsch RheinRuhr endete am Ostermontag in Dortmund. Rund 500 Kriegsgegner demonstrierten von Dorstfeld aus zum Hansaplatz, wo das abschließende Friedensfest stattfand. In der Rede des Dortmunder Friedensforums hieß es u. A.: „Der Krieg wäre zu verhindern gewesen. Seine Vorzeichen reichen weit zurück. 2014 warnten 60 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur eindringlich vor einem Krieg mit Russland und forderten eine neue Entspannungspolitik. (...) Opfer ist die ukrainische Bevölkerung. Sie blutet, ihre Menschen sterben, ihre Familien verwaisen, ihr Land wird zerstört. Opfer sind auch die russischen Soldaten, die in diesem Krieg ihr Leben lassen und ihre Familien, die ihre Söhne, Väter, Brüder verlieren. (...) Daher: Waffenstillstandsverhandlungen jetzt! Raus aus dem Krieg! (...) Wir stehen hier, weil wir Krieg verabscheuen. Wir stehen aber auch hier, weil auch unser Land in realer Gefahr ist. In Deutschland befindet sich maßgebliche militärische Infrastruktur der USA und der NATO, die bei einer Ausweitung des Krieges

zum Ziel gegnerischer Angriffe würde. Diese Strukturen durchziehen dieses Land – Deutschland - in großer Dichte. (...) Das unterscheidet uns von selbständigeren Ländern wie Frankreich und von neutralen Ländern wie Österreich und der Schweiz, die solche Einrichtungen bei sich nicht zugelassen ha-

ben. Deutschland kann im Kriegsfall nur um den Preis einer völligen Zerstörung verteidigt werden. Aber wir leben hier. Wir wollen leben. Unsere Kinder und Enkelkinder sollen leben. Ukrainerinnen und Ukrainer wollen und sollen leben, Russinnen und Russen wollen und sollen leben.“ hb



Der Ostermarsch RheinRuhr auf seiner letzten Etappe in Dortmund, kurz bevor er auf dem Hansaplatz ankommt.



**Auf ein Wort ...**

## Scheinheilige Doppelmoral

Petra Krug, DKP Dortmund, Stadtteilgruppe West

**S**abine Poschmann, SPD-Politikallrounderin aus Dortmund-Aplerbeck und MdB hat es in ihrer Funktion als Mitglied der Arbeitsgruppe Sport ihrer Fraktion bis in die ARD-Tagesthemen geschafft. Dort durfte sie Stellung beziehen zur Empfehlung des IOC-Exekutivkomitees, die Teilnahme russischer und belarussischer AthletInnen an internationalen Wettkämpfen unter bestimmten Voraussetzungen wieder zu ermöglichen. Wenn man das bei der ARD darf, dann ist die Stoßrichtung leicht zu erahnen. Es gäbe „nicht den geringsten Anlass, den Ausschluss aufzuheben oder auch nur zu lockern (...). Denn es bleibt eine Zumutung, vor allem für

die ukrainischen Athlet:Innen, wenn sie gegen russische und belarussische Sportler:Innen antreten müssen“, so postete sie auch auf ihrer Facebook-Seite und so ähnlich heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Mitglieder des Sportausschusses von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP im Bundestag.

Äußerungen darüber, dass es eine Zumutung ist oder gewesen sein könnte, für irakische, afghanische, syrische, libysche, serbische usw. Sportler:Innen, gegen solche aus NATO-Ländern, insbesondere den USA, anzutreten – sind aus diesem Parteienspektrum nicht bekannt. Die Millionen Toten aus deren Angriffskriegen sind ja nur Kollateralschäden beim Export von Freiheit und Demokratie.

Deutsche PolitikerInnen tun sich nicht nur als Speerspitze der Kriegeskalierer durch Waffenlieferungen hervor, sie verstossen nicht nur gegen die olympischen Ideen der Völkerverständigung und des Antirassismus, sondern sie sind aufrichtig bemüht, sich mit ihrer scheinheiligen Doppelmoral jenseits des „Wertewestens“ international in die Isolation zu manövrieren.

# Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft?

Von Udo Stunz

Ein Hauch von Generalstreik war am 27.03. zu spüren, als 335 000 Beschäftigte dem gemeinsamen Aufruf der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zu einem bundesweiten Warnstreik folgten. Der traf den kommunalen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Flughäfen, die Autobahnen, die Binnenschifffahrt, die Deutsche Bahn. 55 Prozent der Bevölkerung unterstützten den Arbeitskampf.

Natürlich trommelte die gleichgeschaltete Medienmaschinerie und phantasierte wie die Rheinische Post: Der Warnstreik komme »einem Generalstreik ziemlich nahe«. Die Gewerkschafter hat das offenbar mobilisiert.

Der Republik kam zu Bewusstsein, wie überlebenswichtig die Arbeit all der vie-

len ist, die da einen Tag lang streikten. Und den Streikenden ist bewusst geworden, welche Kraft und Macht sie hätten/haben, um ihre Interessen und die der Millionen durchzusetzen, die durch den sozialen Krieg der Herrschenden gedemütigt werden.

Aber erst wenn die von der SPD-Führung fürs erste nachhaltig matt gesetzte deutsche Gewerkschaftsbewegung erwacht, kann auch der von Scholz ausgegerufenen "Zeitenwende" etwas Entscheidendes entgegengesetzt werden.

Die sozialdemokratisch geprägte Ausrichtung der Gewerkschaften, ihre Orientierung auf Sozialpartnerschaft und Ko-Management, erweist sich immer wieder als entscheidendes Hindernis bei

der Durchsetzung der Arbeiterinteressen. Ein Beispiel dafür ist die Bereitschaft der Gewerkschaftsführungen, sich in Projekte der Klassenkollaboration mit Kapital und Regierung – etwa in Form einer „Konzertierten Aktion“ – einbinden zu lassen.

Die in einigen Einzelgewerkschaften umgesetzten Demokratisierungsprozesse, insbesondere in der Tarifarbeit, ermöglichen es, Spielräume für eine klassenkämpferische Politik zu erweitern. Es liegt an den kämpferischen Gewerkschaftern, sie zu nutzen. Die Möglichkeit dazu bewiesen zuletzt einige erfolgreiche Streikkämpfe für Entlastung in einer Reihe von Krankenhäusern, so in der Berliner Charité oder in den Universitätskliniken in Essen und Düsseldorf.



Streikversammlung an der Universitätsklinik Düsseldorf beim Streik für Entlastung im Juli 2018. Die Streikenden waren an allen Entscheidungen direkt beteiligt. Blick in das Streikzelt an der Düsseldorfer Uniklinik.

Interview mit Gabi Brenner, Sprecherin des Dortmunder Friedensforums

## „ Wer gegen Krieg, Aufrüstung und Waffenlieferungen ist, gehört zu uns.

*Die letzte Etappe des Ostermarsches Rhein-Ruhr findet traditionell am Ostermontag hier in Dortmund statt. Als Sprecherin des Dortmunder Friedensforums bist Du seit Jahren beteiligt an seiner Organisation. Wie bewertest Du den Ostermarsch in diesem Jahr?*

Ich habe mich gefreut, dass die Teilnehmerzahl gegenüber den Vorjahren eher gestiegen ist. Angesichts der Hetze gegen diejenigen, die sich für den Stopp von Waffenlieferungen in die Ukraine und Verhandlungen einsetzen, ist das nicht selbstverständlich. In allen Reden wurden unsere Forderungen fundiert erklärt. Wer möchte, kann die Beiträge auf unserer Webseite [www.dortmunder-friedensforum.de](http://www.dortmunder-friedensforum.de) nachlesen.

*Auffällig war, dass die Partei DIE LINKE, die sich ja bisher immer als Teil der Friedensbewegung verstanden hat, in diesem Jahr hier in Dortmund auf dem Ostermarsch überhaupt nicht präsent war. Kannst Du die Gründe dafür benennen?*

Viele Mitglieder der Linkspartei haben teilgenommen. Ich fände es gut, wenn sich in der Partei die Kräfte durchsetzen würden, die sich gegen die herrschende Kriegspolitik wenden. Wir brauchen eine breit aufgestellte Friedensbewegung, besonders jetzt, wo Deutschland immer mehr Kriegspartei geworden ist, und zwar in einem Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland auf dem Rücken der ukrainischen Bevölkerung.

*Sprecher der etablierten Parteien und der Massenmedien unterstellen der Friedensbewegung, sie sei offen nach rechts. Auch innerhalb der Friedensbewegung wird dieser Vorwurf erhoben und er hat zu heftigen Auseinandersetzungen und sogar zu Zerwürfnissen geführt. Wie denkst Du darüber? Wie wird diese Frage im Dortmunder Friedensforum diskutiert?*

Unsere Gruppe hat sich darauf verständigt, dass Menschen nicht ausgegrenzt werden, die z. B. aus dem Umfeld der Partei



Jeden Mittwoch: Mahnwache des Dortmunder Friedensforums



Gabi Brenner auf dem diesjährigen Ostermarsch in Dortmund

die Basis kommen und richtige Antikriegsforderungen stellen. Wer gegen Krieg, Aufrüstung und Waffenlieferungen ist, gehört zu uns. Aber selbstverständlich stimmen wir dem Aufruf zum Ostermarsch zu, in dem heißt es: „Rechte Ideologien fördern Feindbilder, Konfrontation und Krieg. Im Innern schüren sie Hass und Gewalt. Deshalb stellen wir uns den menschenfeindlichen Umtrieben von AfD, NPD und den Rechten (...) entgegen.“

*Schon seit der Eskalation des Krieges durch den russischen Einmarsch in der Ukraine organisiert Ihr vom Friedensforum jeden Mittwoch eine Mahnwache in der Dortmunder City. Wollt Ihr das weiterhin tun?*

Ja! Es besteht die Gefahr einer Ausdehnung des Krieges. Dann könnte auch Deutschland Kriegsschauplatz werden. Zudem kommen aus den USA offene Kriegsdrohungen gegen China. Noch nie war die Gefahr eines atomaren dritten Weltkriegs so groß wie heute! Auch wollen wir uns nicht an die alltäglich gewordene Hetze zum Krieg gewöhnen und an die Grausamkeit, die der Krieg bedeutet. Vor allem die Bevölkerung der Ukraine erfährt schreckliches Leid. Das gilt aber auch für viele tausend Menschen in Russland.

*Ist das nicht sehr anstrengend, Woche für Woche eine solche Mahnwache auf die Beine zu stellen?*

Das schon. Aber wir merken, dass es uns selbst gut tut, einmal die Woche zusammenzukommen und sich auszutauschen. Und wir wollen weiterhin mit den Passanten auf der Straße sprechen. Jede und Jeder ist eingeladen, dabei zu sein und mitzumachen. Immer am Mittwoch von 17 bis 18 Uhr an der Kampstraße in Höhe der Petrikirche.

# Geld für alle ...

Von Theo Fabricius

... die es verdient haben.

Während die Beschäftigten der Stadt Dortmund unter den Sparmaßnahmen leiden, beziehen die 5 Vorstände der Sparkasse jeweils Entgelte zwischen 460- und 340.000€ jährlich, der Vorsitzende der Stadtwerke 541.467€, die DEW-Vorsitzende 385.500€, der DOGEWO-Geschäftsführer 387.000€, Klinikum 363.000€, EDG 353.000€, Westfalenhalle 331.000€, Airport 313.000€ usw.

Die Aktionäre der Post haben letztes Jahr 8 Milliarden eingestrichen, die Mitarbeiter mußten für eine geringe Lohnerhöhung in den Streik. Am lautesten knallen die Korken kriegsbedingt natürlich bei Rheinmetall und anderen Rüstungskonzernen.

Damit das alles flutscht wie geölt, erhalten die Klassensprecher der Bourgeoisie ihren reichen Anteil: Tom Buhrow 413.000€ im Jahr; Claus Kleber 600.000€, Marietta Slomka „nur“ 280.000, Ingo Zamperoni 275.000, Gundula Grusel 288.000, Marcus Lanz irgendwo zwischen 250- und 500.000€, um nur mal ein paar Beispiele zu nennen. Anne Will produziert ihre Sendung selber für 2.400€ pro Minute. Maybrit Illner macht es schon für 1.800 und Frau Maischberger nimmt 1.400 pro Minute. Da lässt es sich auch bei den Öffentlich-Rechtlichen gut über Lohn und Inflation diskutieren und desinformieren.

So billig soll das Denken der Herrschenden zum herrschenden Denken gemacht werden. Tragen wir dafür Sorge, dass der gerechte Lohn denen zugeht, die ihn verdient haben!

## Die Grünen: Von der Protestpartei zum Kriegstreiber

In fortschrittlichen Kreisen wird über die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ und das sie umgebende Milieu intensiv diskutiert. Aber im Gegensatz zum Mainstream kommt hier niemand mehr auf die Idee, diese Partei einem „linken Lager“ zuzuordnen.

Die Entwicklung der Partei führt von ihren Ursprüngen als diffuser Haufen aus Anthroposophen, völkischen Ökobauern, Moskauhassern, Friedensbewegten, K-Gruppengeschädigten und vielen mehr bis zu ihrer heutigen „höchsten Form“ – Annalena Baerbock.

Besäß die Partei in den 1980er Jahren mit Köpfen wie Jutta Ditfurth und Petra Kelly noch ihr Image als linksalternative Kraft mit Schwerpunkt Frieden und Anti-Atomkraft, brachte die Annektion der DDR ihre buchstäbliche „Wende“. Begegneten die West-Grünen dem Annektionsprozess aus antideutschem Reflex zunächst noch kritisch, spülte die Ostgruppierung Bündnis 90

mit Figuren wie Joachim Gauck und Marianne Birthler Antikommunisten erster Güteklasse in die Partei und ihr Umfeld. Letztlich war es allerdings Joseph Fischers Sponticlique, die die Beseitigung friedenspolitischer Grundsätze endgültig besorgte.

Das tief in der bürgerlichen Ideologie der Grünen verankerte Karrieredenken zeigte sich offen, wenn es in alten Spontiorganen hieß, man müsse „zugreifen, wenn Führungspositionen“ angeboten würden und plötzlich „lebensgeschichtliche Perspektiven möglich erscheinen“.

Natürlich war der Preis dafür die Unterordnung unter die BRD-Staatsdoktrin. Diese war spätestens seit der Unterstützung des NATO-Krieges gegen Jugoslawien unübersehbar und führte dann bis zur fanatischen Kriegstreiberei von Baerbock, Habeck und Konsorten mit dem Ziel, „Russland zu ruinieren“. hb



**Zeitung der DKP: Kommunistische Standpunkte, marxistische Analysen Woche für Woche!**

6 Wochen Probeabo Zeitung und Online-Ausgabe > gratis

**Das 6-Wochen-Probe-Abo endet automatisch. Dabei entstehen für Sie keine weiteren Verpflichtungen!**

CommPress Verlag  
Carol Schröder  
Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel.: 0201 177889-15 (14h-18h)  
Fax: 0201 177889-28  
E-Mail: abo@unsere-zeit.de

**Das Zitat**

*Es ist ein Skandal, dass der durch die wirtschaftliche Entwicklung geschaffene Wohlstand nicht allen Teilen der Gesellschaft zugute kommt.*

**Papst Franziskus**

## TERMINE

der DKP-Gruppen

- > Jeden letzten Donnerstag im Monat (i.d. Regel) findet um 19 Uhr im Z\*\* eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.
- > Jeden 4. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Z.
- > Jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West** \*
- > Jeden 3. Montag im Monat um 19.00 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Nord** im Z\*\*.



**Geld ist genug da!**

für Bildung, Soziales & Gesundheit

Millionärsteuer jetzt! Runter mit der Rüstung!

\* Der Versammlungsort der Stadtteilgruppen West ist zu erfragen unter: > info[at]dkp-dortmund.de

\*\* Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

**Kontakt zur DKP**

mehr Infos über die DKP und ihr Programm  
 Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe  
 Mitglied werden

Name .....  
 Straße .....  
 PLZ/Ort .....  
 E-Mail .....

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an DKP Dortmund, Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund; oder E-Mail an info@dkp.dortmund.de

**Spendet für die Kommunistische Partei**

Auch kleine Beiträge helfen weiter!  
 Sparkasse Dortmund  
 IBAN: DE 49 4405 0199 0142 0684 51  
 Stichwort Spende

## Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o Deutsche Kommunistische Partei

Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund, Tel. 28 21 77 97

Info@dkp.dortmund.de  
 www.dkp-dortmund.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.04. 2023

V.i.S.d.P.: Dave Varghese

Deutsche Kommunistische Partei



# DKP

DORTMUND